

Strafbare Meinungen

Auf einer Pegida-Demo in Dresden wünscht sich ein Teilnehmer Spitzenpolitiker an den Galgen. Das führt zur Frage: Wann ist eine Meinungsäußerung strafbar? Zentrale Begriffe im Überblick:

Meinungsfreiheit: Sie ist in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert. Eine Meinung darf polemisch und überspitzt formuliert werden. Auch Amtsträger darf man in personalisierter Weise kritisieren. Nur wenn die Würde einer Person angetastet, sie beleidigt oder mit Schmähkritik überzogen wird, muss die Meinungsfreiheit zurückstehen. Berühmt wurde etwa das Zitat »Soldaten sind Mörder« von Kurt Tucholsky: Der Satz gilt als pauschales Werturteil und ist erlaubt. Die Aussage »Soldat Max Mustermann ist ein Mörder« hingegen kann als Schmähkritik aufgefasst werden.

Schmähkritik und Beleidigung: Geht es bei einer Meinungsäußerung vor allem darum, eine einzelne Person herabzuwürdigen, spricht man von Schmähkritik. Laut Bundesverfassungsgericht ist sie sehr eng zu definieren, um die Meinungsfreiheit nicht allzu sehr zu beschränken. Daher ist es erlaubt, das Verhalten eines Richters in einem konkreten Fall als »schäbig« zu bezeichnen, einen Staatsanwalt als »durchgeknallt« oder einen Arzt als »Scharlatan«. Nicht statthaft ist hingegen der pauschale, diffamierende Ausdruck »Meisterbetrüger«, mit dem ein Anwalt einen Kollegen überzog. Als strafbare Beleidigung gelten zudem Schimpfwörter wie »Schlampe« oder »Arschloch«.

Bedrohung und Störung des öffentlichen Friedens: Wenn aus dem Zusammenhang klar wird, dass eine Drohung nicht ernst gemeint ist, ist sie auch nicht illegal. Der Satz »Ich schlag' dich tot!« ist nicht in jedem Fall strafbar. Hingegen ist das im Telefonat mit einem Bürgermeister geäußerte »Ich jage alles in die Luft« eine Bedrohung. Wer – wie möglicherweise der Galgenbauer von Dresden – eine Straftat auf einer Demo androht, macht sich der Störung des öffentlichen Friedens strafbar.

Grenzkontrolle verlängert

Berlin (dpa). Angesichts des weiterhin sehr großen Andrangs von Flüchtlingen setzt Deutschland die Kontrollen seiner Außengrenzen zunächst bis Ende des Monats fort. Die am 13. September getroffene Maßnahme sei um weitere 20 Tage verlängert worden und gelte nun bis zum 31. Oktober, sagte eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums. Schwerpunkt ist nach wie vor die deutsche Grenze zu Österreich. Es gehe wegen des »nahezu ungebrochenen Zustroms von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland« weiterhin darum, »ein kontrolliertes Einreiseverfahren wieder zu ermöglichen«, hieß es. »Das ist auch aus Sicherheitsgründen erforderlich.« Darüber habe Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) den zuständigen EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos informiert.



Die Galgen-Attrappen bei der »Pegida«-Kundgebung am Montag in Dresden sorgen für Empörung und Erschrecken. Symbole gehören zu Demonstrationen, aber die Galgen stellen eine Verschärfung des Protests gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung dar. Foto: dpa

Galgen bei »Pegida«-Demo: Staatsanwalt ermittelt

Politiker sorgen sich wegen der Verrohung des Klimas

Dresden/Berlin (epd). Zwei symbolische Galgen für Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Vize-Kanzler Sigmar Gabriel (SPD) bei der Dresdner »Pegida«-Demonstration haben Entsetzen und Unverständnis ausgelöst.

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) reagierte gestern im Kurznachrichtendienst Twitter mit den Worten »Volksverhetzung, Aufforderung zu Straftaten und Bedrohungen gehören nicht auf die Straße, sondern vor einen Richter«. Die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, die SPD-Politikerin Aydan Özoguz (SPD), sprach in Berlin von einer besorg-

niserregenden »Verrohung des politischen Klimas«.

Fast ein Jahr nach ihrem Start hatte die asylfeindliche »Pegida«-Bewegung am Montagabend erneut Tausende Anhänger in Dresden mobilisiert. Schätzungen der Studenteninitiative »Durchgezählt« zufolge gingen bis zu 9000 »Pegida«-Sympathisanten auf die Straße und damit etwa ebenso viele wie in der vergangenen Woche. Ein »Pegida«-Anhänger trug dabei einen Galgen mit sich herum.

Daran baumelten Pappschilder mit der Aufschrift »Reserviert Angela »Mutti« Merkel und »Reserviert Siegmara »das Pack« Gabriel«. Das Herumtragen des Galgens wird nun ein juristisches Nachspiel haben. Die Dresdner Staatsanwaltschaft ermittelt unter anderem we-

gen Störung des Öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten, wegen Aufforderung zu Straftaten und wegen Volksverhetzung, hieß es auf Nachfrage. Die Polizei werte das vorliegende Bildmaterial aus, um die Identität des Tatverdächtigen zu klären.

Während der Fall bundesweit für Empörung sorgte, wolle Merkel persönlich nicht gehen oder die Urheber vorgehen, sagte gestern eine Regierungssprecherin.

SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi forderte Konsequenzen für den Träger des symbolischen Galgens. Der sächsische Verfassungsschutz müsse die Verantwortlichen »dieses menschenverachtenden Protests« aufspüren. »Polizeigewerkschafts-Chef Rainer Wendt forderte, alle Register der Strafverfolgung gegen solche Hetze zu ziehen. Die Verantwortlichen müssten festgenommen und gegen sie strafrechtlich ermittelt werden.

Insgesamt dominierte bei der »Pegida«-Kundgebung am Montagabend in Dresden erneut Hetze gegen Politiker, vor allem gegen Angela Merkel. »Pegida«-Chef Lutz Bachmann bezeichnete die Bundesregierung als »Berliner Diktatoren« und kritisierte deren Flücht-

lingspolitik mit scharfen Worten. Bachmann schrieb später auf seiner Facebook-Seite von »lächerlichen Bastelarbeiten mit Schreibfehlern«. Ob der falschen Schreibweise des Vornamens von Sigmar Gabriel mit »ie« sei er »verleichtert« und »schon fast ein bisschen belustigt«, erklärte Bachmann.

Als Rednerin trat auch die ehemalige Hamburger AfD-Politikerin und »Pegida«-Aktivistin Tatjana Festerling auf. Sie warf Merkel vor, aus Deutschland ein »riesiges Dschungelcamp« gemacht zu haben und regte einen »Saxit« an – den Austritt Sachsens aus der Bundesrepublik. Die asylfeindliche »Pegida«-Bewegung war am 20. Oktober 2014 in Dresden erstmals auf die Straße gegangen.

Die islamkritische, zunächst kleine Gruppe um Bachmann war im Laufe des vergangenen Jahres zu einer asyl-, medien- und politikfeindlichen Bewegung gewachsen. Bachmann ist mittlerweile wegen Volksverhetzung angeklagt. Angekündigt ist zum Jahrestag am nächsten Montag ein weiterer »Abendspaziergang«. Bachmann kündigte internationale Gastredner an. Die Gegendemo heißt »Es reicht! Herz statt Hetze«.

»Das Treiben dieser Horde muss genau untersucht werden.«

Yasmin Fahimi,
SPD-Generalsekretärin

Guillotine für Gabriel bei Anti-TTIP-Kundgebung

Nach der Präsentation einer nachgebauten Guillotine bei der großen Anti-TTIP-Demonstration in Berlin untersucht die Polizei, ob die Aktion strafbar war. Auf Fotos von der Kundgebung am Samstag ist die Attrappe eines Fallbeils zu sehen. Auf einem dazugehörigen Schild steht in falscher Rechtschreibung der Schriftzug: »!Pass! blös auf Sig-

mar«. Der Name auf dem Schriftzug bezieht sich auf Wirtschaftsminister und Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD). Ein Verfahren sei bislang noch nicht eingeleitet worden, sagte gestern der Berliner Polizeisprecher Stefan Redlich. Die Prüfung sei »nicht ganz einfach«. Das Recht auf freie Meinungsäußerung sei ein hohes Gut.

Gabriel lehnt Transitzone ab

Flüchtlingskrise belastet die Bundesregierung immer stärker

Berlin (dpa). Im Streit der Großen Koalition über Transitzone für Flüchtlinge hat SPD-Chef und Vizekanzler Sigmar Gabriel den Ton verschärft.

Die Union wolle mit ihrem Ruf nach solchen Zonen nur internen Streit übertünchen, sagte Gabriel nach Teilnehmerangaben gestern in einer Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion. Er habe Kanzlerin Angela Merkel (CDU) gesagt, sinnvolle Maßnahmen in der Flüchtlingspolitik mittragen zu wollen – aber nicht solche, die nur dafür da sind, dass Seehofer wieder lieb ist. »Transitzone seien nichts anderes als »Haftzone«, fuhr Gabriel fort. Er habe sich nicht vorstellen können, dass »ein deutsches

Verfassungsressort« einen solchen Entwurf erarbeiten könne, kritisierte er mit Blick auf das Haus von Innenminister Thomas de Maizière (CDU). Eine Änderung des Grundrechts auf Asyl werde es mit der

SPD nicht geben, unterstrich Gabriel: »Ich garantiere, dass ich im Bundestag nicht meine Hand heben werde, um Paragraph 16 zu ändern.« Die von der Union geforderten Transitzone für Flüchtlinge können nur befristet eingerichtet werden und hätten voraussichtlich auch nur sehr begrenzte Auswirkungen. Aus diesen Zonen

heraus könnten Asylbewerber ohne Erfolgsaussichten oder ohne Papiere noch vor der Einreise innerhalb kurzer Zeit zurückgeschickt werden. Auch Merkel räumt ein, das Verfahren werde

»nicht für Tausende und Abertausende von Flüchtlingen möglich sein«. Innenpolitiker der Unionsfraktion sagten ebenfalls, Transitzone an den deutschen Außengrenzen seien »kein Allheilmittel«. Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) forderte von der SPD dennoch mehr Bewegung.



SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel Foto: dpa

Linnemann warnt vor Spaltung

Umfrage: Ein Drittel der Bürger fordert Rücktritt der Kanzlerin

Berlin (WB/dpa). Der Paderborner CDU-Bundestagsabgeordnete Carsten Linnemann warnt vor einer Spaltung von CDU und CSU.

»Die Union hat ihren Wählern in den vergangenen Jahren bereits einiges zugemutet. Vor allem unser Umgang mit der Euro-Schuldenkrise hat viel Kritik hervorgerufen, aber trotzdem hielt man uns die Treue«, sagte Linnemann gestern im Gespräch mit dieser Zeitung.

»Die Flüchtlingskrise hingegen ist von einem ganz anderen Kaliber. Sie hat das Potenzial, die Union zu spalten. Denn hier geht es nicht nur um irgendeine Richtungsentscheidung, sondern um die Existenz unserer staatlichen

Ordnung«, betonte der Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU.

Die Flüchtlingspolitik wird immer mehr zur Belastung für Bundesregierung und Kanzlerin. Jeder dritte Deutsche ist nach einer neuen Umfrage mit der Flüchtlingspolitik von Angela Merkel so unzufrieden, dass er sich ihren Rücktritt wünscht. In der Befragung des Insa-Institutes für »Focus Online«, deren Ergebnis gestern veröffentlicht wurde, lehnte die Hälfte (52 Prozent) eine Rücktrittsaufforderung an Merkel ab. 33 Prozent waren dafür, 15 Prozent

machten keine Angaben. Insa hatte vom 9. bis zum 12. Oktober 2191 Bürger befragt.

Die CSU behält ihren kritischen Kurs bei. Der bayerische Justizminister Winfried Bausback sagte der

»Frankfurter Allgemeinen Zeitung«: »Wenn der Bund nicht bald handelt, kann es dazu kommen, dass die Länder ihre verfassungsrechtlichen Aufgaben nicht mehr erfüllen können.« Dann könne der Bund dazu gezwungen werden, »Maßnahmen zur Begrenzung der Migration zu ergreifen«.



CDU-Abgeordneter Carsten Linnemann Foto: dpa

Kurz notiert

CSU gegen Familiennachzug
Der CSU-Politiker Hans-Peter Uhl will den Familiennachzug bei Flüchtlingen begrenzen. »Dabei will ich keine Personengruppen von vorne herein ausschließen, auch nicht die Menschen aus Bürgerkriegsgebieten wie Syrien«, sagte Uhl der Tageszeitung »Die Welt«. Der Innenpolitiker sagte, die Menge an Einwanderern sei kaum noch zu verkraften. »Lassen wir nun auch noch den Familiennachzug zu, wie ihn die derzeitige Rechtslage erlaubt, dann müssen wir die aktuellen Zuwandererzahlen möglicherweise mit einem Faktor 3 oder 4 multiplizieren«, sagte er. Der Familiennachzug belastete die Sozialsysteme, sagte Uhl.

Zustrom nach Deutschland
Die Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge ist in den vergangenen Tagen leicht gestiegen, wobei ein Großteil der Asylsuchenden weiter über Bayern einreist. Wie die Bundespolizei mitteilte, kamen am Samstag bundesweit 6049 Flüchtlinge nach Deutschland, 4517 von ihnen überquerten die Grenze in Bayern. Am Sonntag waren es 7846 Menschen, davon 6431 in Bayern. Der Höchststand der vergangenen Tage wurde den Angaben zufolge dann am Montag erreicht: Zu Wochenbeginn kamen 8255 Asylsuchende, 6538 über Bayern.

Hakenkreuz-Schmierereien
Unbekannte haben gestern vier Asylbewerberunterkünfte in Waltpol mit Hakenkreuzen und dem Wort »Raus« besprüht. Eine Spur zu den Tätern gebe es noch nicht, teilte die Kreispolizei Recklinghausen mit. Die Täter hatten Hauswände, Türen, Rollläden und sogar den Asphalt vor den Unterkünften mit roter Farbe besprüht.

Mehr als 700 000 Flüchtlinge
Mehr als 700 000 Flüchtlinge haben in den ersten neun Monaten dieses Jahres die Außengrenzen der EU überquert. Das teilte die EU-Grenzschutzagentur Frontex gestern in Warschau mit. Vor allem die griechischen Inseln seien von einem »noch nicht dagewesenen Zustrom« betroffen. So seien etwa im gesamten Jahr 2014 insgesamt 282 000 Flüchtlinge an den EU-Grenzen gezählt worden. Während die Zahl der aus Libyen in Italien ankommenden Flüchtlinge wegen schlechterer Witterungsbedingungen im September um die Hälfte zurückging und auf 12 000 sank, erreichten im September 49 000 Flüchtlinge Griechenland.

Kredite für Flüchtlingsheime
Die staatliche KfW-Bank hat ihr Kreditprogramm für Flüchtlingsunterkünfte um 500 Millionen auf eine Milliarde Euro erhöht. Damit könnten bis zu 100 000 neue Plätze für Flüchtlinge geschaffen werden, teilte die Bank gestern in Frankfurt mit. Kommunen könnten mit den zinslosen Darlehen neue Flüchtlingsunterkünfte erwerben und sanieren. »Die Nachfrage von Kommunen und Gemeinden ist ungebrochen hoch«, sagte Ulrich Schröder, Vorstandsvorsitzender der KfW-Bank. Die KfW hatte im September die Sonderförderung »Flüchtlingsunterkünfte« in Höhe von 300 Millionen Euro eingeführt und kurz später auf eine halbe Milliarde Euro erhöht.